

---

Anfrage der FWG-Stadtratsfraktion; Schulsozialarbeit

KSD 20146641

---

**Stellungnahme der Verwaltung**

Zu 1: Nein

Zu 2: Im Jahr 2014 erfolgten keine Zahlungen des Bundes zur kommunalen Schulsozialarbeit. Die Mehraufwendungen der Stadt können erst nach Erstellung des Nachtragshaushaltsplans verlässlich benannt werden.

Zu 3: Die Ludwigshafener Abgeordneten sind in den Schriftwechsel der Verwaltung einbezogen und unterstützen die Verhandlungen.